

An die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Frau Manuela Schwesig
Schloßstraße 2-4
19053 Schwerin

Rostock, den 26.08.2019

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

Mitte Juni diesen Jahres erhielten viele von uns Einschreiben, die uns sehr überrascht haben. Das Bundeskriminalamt (BKA) lud uns als ZeugInnen in die Rostocker Polizeiinspektion. Andere von uns erhielten ab Ende Juli Post vom Landeskriminalamt (LKA) und waren nicht minder verwundert. Einige von uns hatten zu diesem Zeitpunkt schon von einer Gruppierung namens „Nordkreuz“ gehört. Andere erfuhren von diesem Netzwerk erst, als sie überlegten, was sie wohl mit Herrn Jäger und Herrn Hammer zu tun haben könnten.

Wir sind in unterschiedlichen Parteien und Organisationen aktiv, doch eins eint uns: Wir stehen im Fokus einer Gruppierung, die Waffen besitzt und mit diesen umgehen kann, die untereinander diskutiert, wann und wie sie Menschen umbringt, die sie als politische GegnerInnen ansieht. Das Wissen, dass über uns Daten gesammelt und dabei auch Dienststrecker der Polizei genutzt wurden, hat niemand von uns unberührt gelassen. In dieser Situation hätten wir uns Unterstützung und eine klare öffentliche Positionierung gewünscht – gerade aus der Landespolitik.

Wir haben uns entschlossen, uns gemeinsam an Sie und die Öffentlichkeit zu richten. Wir haben Fragen, auf die wir Antworten erwarten und Forderungen, die sich für uns aus der aktuellen Situation ergeben.

1. Als wir vom BKA eingeladen bzw. Wochen später vom LKA informiert wurden, lagen die Durchsuchungen, bei denen die Listen mit unseren Namen entdeckt wurden, fast zwei Jahre zurück. Warum dauerte es solange, bis wir davon erfuhren? Warum sind wir bis heute auf journalistische Recherchen angewiesen, um mehr über ein Netzwerk zu erfahren, das offensichtlich plante, an einem „Tag X“ Menschen zu töten? Wir wurden bisher nur über die konkreten Datensammlungen unsere Personen betreffend informiert. Wir haben keinerlei Information und Akteneinsicht bezüglich der Pläne der Gruppe, der gruppeninternen Kommunikation, ihren Zielen und Motiven erhalten. Wir können weder die tatsächliche Gefährlichkeit der Verdächtigen noch das Stadium ihrer Planung einschätzen. Wir haben keinen Hinweis darauf, ob unsere Daten an weitere Personen und Netzwerke weitergeleitet wurden. Wir können daher auch heute nicht sicher sein, dass die Mitglieder dieser Gruppe ihre Tätigkeit eingestellt haben.

Wir fordern eine sofortige und umfassende Information aller Menschen, die in sogenannten „Feindeslisten“ rechter Netzwerke vermerkt sind. Dabei reicht es nicht, die Betroffenen lediglich in Kenntnis zu setzen, dass sie auf so einer Liste stehen. Sie haben einen Anspruch auf umfassende Informationen zum konkreten Kontext, auf fundierte Bewertungen ihrer Gefährdungslage und auf Hinweise zu weiterführender Beratung und Unterstützung.

Wir fordern eine zügige und umfassende Aufarbeitung des Komplexes „Nordkreuz“ und regelmäßige öffentliche Informationen.

2. Über Jahre konnte diese Gruppierung, der aktive und ehemalige Polizisten und Angehörige des Reservistenverbandes angehören, unbemerkt agieren. Sie organisierten sich in Chatgruppen, stahlen und sammelten Waffen und Munition und griffen auf behördliche Informationen zu. Wie kann es sein, dass dieses Treiben so lange unbemerkt blieb und wer trägt dafür die politische Verantwortung? Was muss sich in den Strukturen der Polizei und der Bundeswehr ändern, um so etwas künftig unmöglich zu machen?

Wir fordern die Schaffung einer wirksamen und nachhaltigen Fehlerkultur in den Sicherheits- und Verteidigungsbehörden. Dazu gehört die Einrichtung unabhängiger Beauftragter, die regelmäßig den zuständigen, parlamentarischen Gremien berichten und die Einrichtung von Beschwerdestellen. Wir fordern wirksame Schritte zur Stärkung demokratischer Kultur in diesen Behörden, die einer Entstehung rechter Netzwerke wirksam begegnen kann.

3. Menschen, die sich gegen rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen engagieren, geraten immer wieder in den Fokus rechter Gruppierungen. Sie sind Beleidigungen, Bedrohungen oder sogar Angriffen ausgesetzt. Unsere politische Kultur gerät in Gefahr, wenn sie in solchen Situationen auf sich alleine gestellt sind und sich außerdem fragen müssen, ob sie vom Staat Hilfe erwarten können.

Warum werden rechte bzw. rechtsterroristische Gruppen und deren Agieren immer noch verharmlost und bagatellisiert? Warum erfahren Betroffene so selten öffentliche Anerkennung und Unterstützung? Warum führt selbst der Mord an einem demokratischen Politiker, der zuvor auf „Feindeslisten“ stand, nicht zu einem „Aufstand der Anständigen“?

Wir fordern eine eindeutige Verurteilung rechter Gewalt und Bedrohung, egal gegen wen sie sich richtet oder wo sie stattfindet. Wir fordern eine Auseinandersetzung mit den Gefahren und Folgen rechter Anfeindungen für unser demokratisches Gemeinwesen in den Parlamenten und in der Gesellschaft. Wir fordern, dass den Gefahren rechter Terrornetzwerke konsequent und auf allen Ebenen begegnet wird.

Über eine Rückmeldung Ihrerseits bis zum 20.09.2019 wären wir sehr erfreut.

Eine Gruppe von 33 betroffenen Personen und 12 betroffenen Vereinen und Verbänden
(Namen der UnterzeichnerInnen bei LOBBI e.V. hinterlegt)

Anmerkungen:

*Dieser Offene Brief wurde am 26.08.2019 verschickt an:
Die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern*

Dieser Offene Brief wird am 27.08.2019 an die Presse verschickt:

*Wir werden in der Sache vom Beratungsverein LOBBI e.V. unterstützt. Das Rostocker Büro des Vereins fungiert daher als Ansprechpartner.
Schicken Sie Ihre Antwortschreiben bitte an: LOBBI e.V., Hermannstraße 35, 18055 Rostock*